

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspaltel oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

## Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere.

wie er heute vom Bundesrathe angenommen worden ist, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Ein Kaufmann, welchem im Betriebe seines Handelsgewerbes Aktien, Rente, Interimsscheine, Erneuerungsscheine (Talons), auf den Inhaber lautende oder durch Indossament übertragbare Schuldverschreibungen, oder dergleichen andere Werthpapiere mit Ausnahme von Banknoten unverschlüsselt zur Verwahrung oder als Pfand übergeben sind, ist verpflichtet:

1. diese Werthpapiere unter äußerlich erkennbarer Bezeichnung jedes Hinterlegers oder Verpfänders getrennt von seinen eigenen Werthpapieren und von denen Dritter aufzubewahren;
2. ein Verzeichniß zu führen, in welches die Werthpapiere jedes Hinterlegers oder Verpfänders nach Gattung, Nennwerth, Nummern oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen der Stücke einzutragen sind; der Eintragung steht die Bezugnahme auf Verzeichniß gleich, welche neben dem Handelsbuche geführt werden. Die Eintragung kann unterbleiben, insofern die Werthpapiere zurückgegeben sind, bevor die Eintragung bei ordnungsmäßigem Geschäftsgange erfolgt konnte.

Das Recht und die Pflicht des Verwahrers oder Pfandgläubigers, im Interesse des Hinterlegers oder Verpfänders Verfügungen oder Verwaltungen vorzunehmen, wird durch die Bestimmung unter Ziffer 1 nicht berührt.

§ 2. Eine Erklärung des Hinterlegers oder Verpfänders, durch welche der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt wird, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Werthpapiere der im § 1 bezeichneten Art gleichartige Werthpapiere zurückzugeben oder über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen, ist nur gültig, soweit sie für das einzelne Geschäft ausdrücklich oder schriftlich abgegeben ist. In diesem Falle finden die Bestimmungen des § 1 keine Anwendung.

§ 3. Der Kommissionär (Art. 360, 378 des Handelsgesetzbuchs), welcher einen Auftrag zum Einkauf von Werthpapieren der im § 1 bezeichneten Art ausführt, hat dem Kommitenten binnen drei Tagen ein Verzeichniß der Stücke mit Angabe der Gattung, des Nennwerthes, der Nummern oder sonstiger Unterscheidungsmerkmale zu überreichen. Die Frist beginnt, falls der Kommissionär bei der Abgabe über die Ausführung des Auftrages einen Dritten als Verkäufer namhaft gemacht hat, mit dem Erwerbe der Stücke, andernfalls mit dem Abhabe des Zeitraumes, innerhalb dessen der Kommissionär nach der Erstattung der Ausführungserklärung die Stücke bei ordnungsmäßigem Geschäftsgange ohne schuldhaftes Verzug zurückzugeben muß.

Ein Verzicht der Kommitenten auf die Ueberlieferung des Stückverzeichnisses ist nur dann wirksam, wenn er bezüglich des einzelnen Auftrages ausdrücklich und schriftlich erklärt ist.

Soweit die Auslieferung der eingekauften Stücke an den Kommitenten erfolgt oder ein Auftrag des Kommitenten zur Ueberlieferung auszuführen ist, kann die Ueberlieferung des Stückverzeichnisses unterbleiben.

§ 4. Soweit der Kommissionär im Falle des § 3 wegen der ihm aus der Ausführung des Auftrages zufließenden Forderungen nicht befreit ist und auch nicht Einwendung gemacht hat, kann er die Ueberlieferung des Stückverzeichnisses aussetzen, wenn er dem Kommitenten unter Beifügung einer Rechnung über den ihm noch zu zahlenden Betrag innerhalb der im § 3 bezeichneten Frist schriftlich erklärt, daß er das Verzeichniß erst nach der Zahlung dieses Betrages überreichen werde.

§ 5. Ist der Kommissionär mit Erfüllung der ihm nach den Bestimmungen der §§ 3 und 4 obliegenden Verpflichtungen im Verzuge und holt er auch das Verzeichniß auf eine danach an ihn ergangene Aufforderung des Kommitenten nicht binnen drei Tagen nach, so ist der Kommitent berechtigt, das Geschäft als nicht für seine Rechnung abgeschlossen zurückzugeben und Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu beanspruchen.

Die Aufforderung des Kommitenten verliert ihre Wirkung, wenn er dem Kommissionär nicht binnen drei Tagen nach dem Ablaufe der Nachholungsfrist erklärt, daß er von dem im Absatz 1 bezeichneten Rechte Gebrauch machen wolle.

§ 6. Der Kommissionär, welcher einen Auftrag zum Umtausche von Werthpapieren der im § 1 bezeichneten Art oder zur Geltendmachung eines Bezugsrechts auf solche Werthpapiere ausführt, hat binnen zwei Wochen nach dem Empfange der neuen Stücke dem Kommitenten ein Verzeichniß der Stücke mit den im § 3 Absatz 1 vorgeschriebenen Angaben zu überreichen, soweit er ihm die Stücke nicht innerhalb dieser Frist ausliefert.

§ 7. Der Kommissionär, welcher den im § 6 ihm auferlegten Pflichten nicht genügt, verliert das Recht, für die Ausführung des Auftrages Provision zu fordern (Art. 371 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs).

§ 8. Mit der Absendung des Stückverzeichnisses geht das Eigentum an den darin bezeichneten Werthpapieren auf den Kommitenten über, soweit der Kommissionär über die Papiere zu verfügen berechtigt ist. Die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts, nach welchen der Uebergang des Eigentums schon in einem früheren Zeitpunkt eintreten, bleiben unberührt.

Der Kommissionär hat bezüglich der in seinem Gebrauche befindlichen, in das Eigentum des Kommitenten übergebenen Werthpapiere die im § 1 bezeichneten Pflichten eines Verwahrers.

§ 9. Ein Kaufmann, welcher im Betriebe seines Handelsgewerbes fremde Werthpapiere der im § 1 bezeichneten Art einem Dritten zum Zwecke der Aufbewahrung, des Umtausches oder des Bezuges von anderen Werthpapieren, Zinsen oder Gewinntheilen ausliefert, hat hierbei dem Dritten mitzutheilen, daß die Papiere fremde seien. Der Dritte, welcher eine solche Mittheilung empfangen hat, kann an den Uebergeber oder an den neubeschafften Papieren ein Pfandrecht oder ein Zurückbehaltungsrecht nur wegen solcher Forderungen an seinen Auftraggeber geltend machen, welche mit Bezug auf diese Papiere entstanden sind.

§ 10. Wenn ein Kaufmann über Werthpapiere der im § 1 bezeichneten Art, welche ihm zur Verwahrung oder als Pfand übergeben sind, oder welche er als Kommissionär für den Kommitenten in Besitz genommen hat, außer dem Falle des § 246 des Strafgesetzbuchs zum eigenen Nutzen oder zum Nutzen eines Dritten rechtswidrig verfügt, wird er mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der gleiche Strafe unterliegt, wer der Vorschrift des § 9 zum eigenen Nutzen oder zum Nutzen eines Dritten vorsätzlich zuwiderhandelt.

Ist der Thäter ein Angehöriger (§ 52 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs) des Verlegten, so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig. Der § 247 Absatz 2 und 3 des Strafgesetzbuchs findet entsprechende Anwendung.

§ 11. Ein Kaufmann, welcher seine Zahlungen eingestellt hat oder über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft, wenn er den Vorschriften des § 1 Ziffer 1 oder 2 vorsätzlich zuwidergehandelt hat und dadurch der Berechtigten bezüglich des Anspruchs auf Aussonderung der von jenem zu verwahrenden Werthpapiere benachteiligt wird, bezugnehmend auf als Kommissionär den Vorschriften der §§ 3 oder 4 vorsätzlich zuwidergehandelt hat und dadurch der Berechtigten bezüglich des Anspruchs auf Aussonderung der von jenem eingekauften, eingetauschten oder bezogenen Werthpapiere benachteiligt wird.

§ 12. Ein Kaufmann, welcher seine Zahlungen eingestellt hat oder über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, wird mit Gefängniß bestraft, wenn er im Bewußtsein seiner Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung fremde Werthpapiere, welche er im Betriebe seines Handelsgewerbes als Verwahrer, Pfandgläubiger oder Kommissionär in Gewahrsam genommen, sich rechtswidrig angeeignet hat.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§ 13. Die Strafvorschrift des § 13 findet gegen die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie gegen die Liquidatoren einer Handelsgesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft Anwendung, wenn sie in Ausführung von Werthpapieren, die sich im Besitze der Gesellschaft oder Genossenschaft befinden oder von dieser einem Dritten ausgetauscht sind, die mit Strafe bedrohte Handlung begangen haben.

Die vorbestehenden Personen werden, wenn die Gesellschaft oder Genossenschaft ihre Zahlungen eingestellt hat, oder wenn über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, bestraft:

1. gemäß § 11, wenn sie den Vorschriften des § 1 Ziffer 1 oder 2 oder den Vorschriften der §§ 3 oder 4 vorsätzlich zuwidergehandelt haben und dadurch der Berechtigten bezüglich des Anspruchs auf Aussonderung der von der Gesellschaft oder Genossenschaft zu verwahrenden oder von ihr eingekauften, eingetauschten oder bezogenen Werthpapiere benachteiligt wird;
2. gemäß § 12, wenn sie im Bewußtsein der Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung der Gesellschaft oder Genossenschaft fremde Werthpapiere, welche von dieser als Verwahrer, Pfandgläubiger oder Kommissionär in Gewahrsam genommen sind, sich rechtswidrig angeeignet haben.

§ 14. Dieses Gesetz findet auf diejenigen Klassen von Kaufleuten keine Anwendung, für welche gemäß Artikel 10 des Handelsgesetzbuchs die Vorschriften über die Handelsbücher keine Geltung haben.

## Deutschland.

Berlin, 31. Mai. Anlässlich der gestern vom Kaiser auf dem Tempelhofer Feld abgehaltenen großen Frühjahrsparade fand Abends um 6 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses das übliche Parade-Diner statt. Die Tafel zählte ungefähr 360 Gedecke. An derselben hatte die Kaiserin zur Linken des Kaisers Platz genommen. Weiter zur Linken saßen der Graf von Platen, die Erbprinzessin von Hohenzollern, Prinz Friedrich Leopold von Preußen und die Prinzessin Karl von Hohenzollern. Zur Rechten des Kaisers hatte die Frau Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen den Platz, welcher Prinz Albert von Belgien und diesem die Prinzessin Albert von Anhalt folgte. Gegenüber dem Kaiserpaar saß der Kriegsminister, General der Infanterie Bronsart von Schellendorf, zu dessen Rechten der Reichsanwalt Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürth und neben diesem der königlich belgische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am bayerischen Hofe Baron v. Helldorf, während links vom Kriegsminister der Generaloberst der Kavallerie, Generaladjutant Freiherr von Los seinen Platz hatte. Die Tafelmusik wurde von dem Musikcorps des Garde-Füsilier-Regiments und von dem Trompetercorps des zweiten Garde-Regiments ausgeführt. Nach dem Diner, welches gegen 7 1/2 Uhr sein Ende erreichte, fand im königlichen Opernhaus Gala-Der statt, zu welcher sich die hohen Herrschaften mit den Gästen gegen 8 Uhr begaben. Die Rückkehr nach dem neuen Palais erfolgte gegen 11 Uhr Abends. Um 4 1/2 Uhr Nachmittags hatte das Kaiserpaar eine gemeinschaftliche Spazierfahrt unternommen. Nach dem königlichen Schlosse von derselben zurückgekehrt, wurde gegen 5 1/2 Uhr Nachmittags der Landrat v. Derken von dem Kaiser empfangen.

Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten eröffnete der Vorsitzende Dr. Langemann mit folgenden Worten: „Gestatten Sie mir, vor der Eröffnung der Sitzung noch einige Worte an Sie zu richten. Eine hohe Ehre ist mir erwiesen, eine große Freude ist mir gemacht dadurch, daß Sie alle ohne Ausnahme bestimmt haben, daß mein Bild gemalt werde und im Donatorensaale aufgehängt werde, unter Zustimmung, soviel ich weiß, sämtlicher Magistratsmitglieder. Das drängt mich dazu, Ihnen noch einmal meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen. Sie wissen, oder haben es vielleicht doch im Laufe der Zeit, die wir zusammen gearbeitet haben, gesehen, daß die Interessen, die Angelegenheiten der Stadt immer mehr und mehr von mir in der Weise behandelt wird, als wenn ich meiner eigenen Kinder Interessen vertrete. Sie müssen es auch gemerkt haben, welche hohe Befriedigung ich in der Erfüllung meiner Pflichten gefunden habe. Aber, meine

Herrn, diese Ehre, die Sie mir erwiesen haben, habe ich nicht erwartet, habe ich auch nicht angestrebt. Um so mehr erfüllt es mich mit tiefstem Dank, mit innigstem Dank, daß Sie in dieser Weise mit Ihrer Theilnahme und Ihrer Zufriedenheit mit mir angeschlossen haben. Diese Ehre ist, glaube ich, die höchste, die es für mich giebt. Noch einmal meinen tiefgefühlten Dank!“

Berlin, 31. Mai. Der Entwurf eines Abgabentarifs für den Nord-Ostsee-Kanal nebst Erläuterungen ist gestern vom Bundesrathe angenommen worden. Danach sollen für die Fahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal einschließlich der Holtenauer- und der Brunsbüttel-Leuchte von sämtlichen Fahrzeugen mit Ausnahme der zur kaiserlichen Marine und zur Kanalverwaltung gehörigen folgende Abgaben erhoben werden: 1. von beladenen Fahrzeugen für die ersten 300 Reg.-Tonnen Netto je 40 Pf., für die übrigen beladenen Reg.-Tonnen je 60 Pf.; 2. von leeren oder in Ballast laufenden Fahrzeugen, ferner von Fahrzeugen im Küstenverkehr bis zu einer Größe von 50 Reg.-Tonnen Netto einschließlich, sowie von Fahrzeugen, welche den Kanal nach oder von der Eider durchlaufen, für jede Reg.-Tonne Netto 40 Pf. Die geringste nach Nr. 1 und 2 für eine Fahrt zu entrichtende Abgabe soll 10 Mark betragen.

An Schlepplohn sollen außerdem zahlen Segelfahrzeuge bei Benutzung der ordnungsmäßigen Schleppwege für die ersten 200 Reg.-Tonnen Netto je 40 Pf., für die übrigen beladenen Reg.-Tonnen je 30 Pf., Segelfahrzeuge der unter Nr. 2 bezeichneten Art unter gleicher Voraussetzung für die ersten 200 Reg.-Tonnen Netto je 25 Pf., für die übrigen beladenen Reg.-Tonnen je 20 Pf.

Für die Gefestigung von Schlepphölzern für Dampfer oder von besonderen Schleppern für Segelfahrzeuge steht die Kanalverwaltung die Gebühr nach Maßgabe der Größe der gestellten Schleppdampfer und der Dauer der Benutzung fest. Während der Monate Oktober bis einschließlich März werden die Abgabensätze (nicht der Schlepplohn) um 25 Prozent erhöht. Der Tarif soll am 1. Juni d. J. in Kraft treten. In Ermangelung genügender Erfahrungen für eine endgültige gesetzliche Regelung wird auch der neue Tarif zunächst als provisorischer durch den Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrathe festzusetzen sein. Die endgültige gesetzliche Regelung wird erst an der Hand der Erfahrungen erfolgen können, welche sich bei Anwendung des provisorischen Tarifs ergeben.

Wie schon gemeldet, sind im Bundesrathe die Vorarbeiten im Gange, um die gegenwärtig bestehende Anweisung zur Bestimmung des Fehlschlags durch eine Anweisung zur Bestimmung des Gehalts der Braunkohle an Neben-erzeugnissen der Gährung und Destillation zu ersetzen. Die Bestimmung dieser Neben-erzeugnisse soll durch Ausschütteln des aus einem Alkoholgehalt von 24,7 Gewichtsprozent verdünnten Braunkohlens mit Chloroform erfolgen. Die Anweisung erstreckt sich demnach auf die Bestimmung des spezifischen Gewichtes des aus dem Alkoholgehalt des Braunkohlens, auf die Verdünnung des Braunkohlens, auf einen Alkoholgehalt von 24,7 Gewichtsprozent, auf das Ausschütteln dieses Braunkohlens mit Chloroform und auf die Berechnung der Menge der in dem Braunkohlens enthaltenen Neben-erzeugnissen der Gährung und Destillation. Es soll ferner darin vorgeschrieben werden, daß die sämtlichen zur Untersuchung erforderlichen Messgeräte von der kaiserlichen Normal-Messungskommission zu beziehen sind. Die letztere Bestimmung ist deshalb in Aussicht genommen, weil nach den Erfahrungen der Normal-Messungskommission die gewöhnlichen, ohne den Schutz einer amtlichen Prüfung und Beglaubigung angestrichenen Messgeräte in der Mehrzahl derart ungenau sind, daß eine hinreichende Prüfung ihrer Angaben sich nicht ausführen läßt und die Anwendung mit großen Unsicherheiten verbunden ist.

Wie wir erfahren, hat die Regierung der Gesellschaftsverwaltung der Verra-Eisenbahn auf das nachmalige Ansuchen einer Vielzahl zugehen lassen, worin sie jede Erhöhung ihres Angebots ablehnt.

In dem letzten, dem Reichstage kurz vor Sessionsschluss zugegangenen Bericht der Reichsschuldenkommission wird der Bestand des Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes am Ende des Monats März 1895 auf 2,7 Millionen angegeben. Der Fonds selbst besteht also noch. Nachdem jedoch das Reichstagsgebäude, zu dessen Errichtung er aus der französischen Kriegskostenentschädigung entnommen war, seiner Vollendung entgegengeführt ist, wird über die Verwendung des Restbetrags wohl bald Beschluß gefaßt werden, und damit wird auch dieser Fonds zu existieren aufgehört haben. Von den Reichsfonds, welche in den siebziger Jahren aus Geldern der französischen Kriegskostenentschädigung errichtet wurden, ist bereits einer völlig verendet. Es ist der Reichs-Eisenbahnfonds. Ein zweiter, der Festungsbaufonds, figurirt in den amtlichen Abrechnungen noch immer insofern, als Rückstellungen auf die aus diesem Fonds geleisteten Vor-schüsse unter die Reichseinnahmen in den Etat gestellt werden. Im Etat 1895/96 ist diese Einnahme mit einer halben Million angesetzt. Nur zwei der damals gegründeten Fonds werden voraussichtlich noch eine längere Existenz haben. Es sind der Kriegsfonds in Höhe von 120 Millionen, der in geringem Maße im Zinsfußturn in Spandan liegt, und der Reichswaldenbunds. Der letztere Fonds war nach dem Gesetze vom 22. Mai 1873 mit 561 Millionen dotirt. Nach der Bilanz vom 27. November 1894 belief sich sein Aktiobestand noch auf 442,8 Millionen, denen aber, wie bekannt, der Kapitalwerth der Verbindlichkeiten jetzt nahezu gleichkommt.

Von einem großen Streifzieher sind augenblicklich die Sozialdemokraten erfasst; es scheint, als ob es sich noch steigern sollte. Aus nicht weniger als aus sechzig Orten liegen zur Zeit Nachrichten über Streiks vor (Leipzig: Maurer, Stettin: Töpfer, Mainz: Dachdecker, Dortmund: Maler, Altona: Porzellanarbeiter, Karlsruhe: Arbeiter der Rammgarnspinnereien, Nürnberg: Zimmerer und Wagner, Konstanz: Schreiner, Rotterdam: Tuchmacher u. s. w.). Im Ganzen mögen es 8000 Menschen sein, die sich im Streik befinden und für deren Unterhaltung wöchentlich rund 100 000 Mark gebraucht werden. Wie gesagt, es steht danach aus, als wenn Arbeitsverhältnisse in kurzer Zeit in einer ganzen Anzahl Orte sich neu ausbilden würden; so in Dresden, Langenscheidt u. s. w. Der Streik scheint in diesem

Jahre vom Streifzieher verschont bleiben zu sollen; in allen Gewerkschaften, namentlich in der der Bauarbeiter, stehen sich zwei Richtungen auf das feindselige gegenüber; die eine folgt der Fühne der Hamburger Generalstreikkommission, die andere hat sich um den „befannten“ Regierungsbaumeister Kessler geschart und will von einer Direktion von Hamburg aus nichts wissen. Etwas eigenhümlich ist diesmal das Verhalten der politischen Führer des Streiks gegenüber. Früher wogelten sie nach Kräften ab; jetzt merkt man davon nichts. Fast scheint es, als wenn ihnen die Streiks diesmal recht gelegen kämen; die Massen sind nämlich äußerst unzufrieden mit ihren Führern. Ueberall hört man die Frage: „Was haben denn die 46 Abgeordneten, für die hohe Summen als Diäten aufzubringen sind, im Reichstag eigentlich geleistet? Für die wenigen Neben gegen den Umsturz und den Tabak hätten 5 genügt!“ So denken die „Genossen“ mehr noch in den Provinzen als in Berlin. Den Führern ist das nicht unbekannt; da sind denn die Streiks gute Benteile, hier kann sich — denn verloren werden sie fast insgeheim — der Gährungsstoff dämpfen und legen.

Breslau, 30. Mai. Das hiesige königliche Konsistorium erlaute gegen den Pastor Witte im Disziplinarverfahren auf Amtsentsetzung. Diese bewirkt den Verlust seines Pfarramts an der Berliner Gethagemeinde.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. Mai. Heute Abend fand eine große Arbeiterkundgebung gegen das Parlament und die Regierung wegen der Wahlrechtsfrage statt. Die Arbeiter zogen majestätisch nach abgehaltenen Versammlungen vor das Parlament, dann vor das Ministerpräsidium unter den Rufen: „Nieder mit der Koalition!“, bei der Polizei und vor dem Ministerpräsidium unter den Rufen: „Nieder mit Reichsgrätz!“, „Nieder mit der Koalition!“ Die Polizei war zu schwach, den Durchzug der Menge durch die innere Stadt zu verhindern. Schließlich gelang es, die Arbeiter zu zerstreuen. Bemerkenswerth ist, daß diese, vor der Hofburg angelangt, die Rufe sofort einstellten.

Wien, 30. Mai. Von den Mitgliedern des dem Regierungskommissar Dr. v. Friebe bei dem Reichsrathes gehörigen sieben der Fortschrittspartei und sieben der antimonarchischen Partei an, einer ist ein „Wilder“. Sie sind alle Männer von gemäßigter Gesinnung. Bei der Zusammenkunft des Reichsraths sind auch alle Wahlbezirke und die Wahlkörper der verschiedenen Berufsstände möglich berücksichtigt worden.

## Niederlande.

Die Königin-Regentin der Niederlande ist mit ihrer königlichen Tochter, welche allmählich — sie vollendet den 31. August das fünfzehnte Lebensjahr — zur Jungfrau heranreift und nur noch wenige Jahre zum Regierungsantritt in Person hat, in Gys zu dreiwöchentlichem Frühjahrsaufenthalte eingetroffen. Als in eine Tiroler Sommerfrische, ein Dörfchen eine Stunde von Innsbruck entfernt, am Fuße des Patscherföfels und nächst dem Langer See und den ob ihrer Ausficht bekannten Langer Köpfe gelegen. Als Sommerfrischeort ist Gys auch von Norddeutschen bevorzugt und zu den Gärten des „Zgler Hof“, wo die niederländischen Majestäten absteigen, gehört häufig seit Jahren der preussische Eisenbahnmintler v. Thielen.

## Frankreich.

Paris, 30. Mai. Der Minister des Auswärtigen Hanotaux gab gestern in seiner morgigen Rede über die auswärtige Politik im Senat den Standpunkt der Regierung in der Angelegenheit der Krieger-Entschädigung zu begründen.

Zu der Deputiertenkammer brachte Ministerpräsident Ribot gestern eine Vorlage ein betreffend die Bewilligung eines Kredites von 250 000 Franken für die Errichtung eines Denkmals für die während des Krieges 1870—71 Gefallenen. Ribot beantragte für diese Vorlage die Dringlichkeit und Verweisung in die Budgetkommission, was die Kammer genehmigte. Goblet brachte eine Interpellation über den Brief des Erzbischofs von Cambrai an den Kultusminister bezüglich der Anstaltssteuer ein. Die vom Kultusminister Poincaré beantragte Vertagung der Beratung dieser Interpellation bis nach der Beratung über die Getränkesteuerreform wurde mit 268 gegen 235 Stimmen genehmigt. Auf den Antrag des Deputierten Rouanet (Sozialist) bewilligte die Kammer einen Kredit von 5000 Franken zur Errichtung eines Denkmals auf dem Grabe des jüngst verstorbenen Mitgliedes der Regierung von 1848, Albert. Hieraus wurde die Beratung der Getränkesteuerreform wieder aufgenommen. Am Schluß der Sitzung brachte Millaud (Sozialist) eine Interpellation über das Zusammengehen von Rußland, Deutschland und Frankreich gegenüber dem chinesisch-japanischen Friedensvertrag ein. Wegen der Abwesenheit des Ministers des Aeußern, Hanotaux, wird der Tag der Besprechung der Interpellation am Sonnabend festgesetzt werden.

Nevers, 30. Mai. Der Präsident Feltz wurde hier eingetroffen. Die Bevölkerung beehrte ihn einen warmen Empfang.

## Italien.

Rom, 30. Mai. Die „Stalle“ will wissen, daß der Generalgouverneur heute dem Justizminister Abschrift des in der Angelegenheit Giolitti's gefaßten Beschlusses des Kassationshofes übermittelt hat. Dem „Diritto“ zufolge würde der Justizminister bei der Kammer die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung Giolitti's nachsuchen.

## Großbritannien und Irland.

London, 30. Mai. Die Nachricht, der Lordmarch von London habe den Präsidenten Faure zum Besuch nach London eingeladen, erklärte der Lordmarch für unbegründet. Es käme ihm nicht zu, eine solche Einladung zu erlassen. Wenn aber der Präsident der französischen Republik jemals eine Reise nach London unternehmen würde, könnte er eines höchst freundlichen Empfanges gewiß sein. Man ist hier geneigt, die ganze Nachricht als einen von Faure ausgetretenen Fälscher anzusehen.

London, 30. Mai. Die amerikanischen Kriegsschiffe „Newport“ und „Columbia“ trafen in Southampton mit den auf dem Wege nach Kiel begriffenen Kriegsschiffen „San Francisco“ und „Marblehead“ zusammen, wo die italienischen Panzerregatten „Citruria“ und „Portenope“ neuerdings angekommen waren. Die Lokalbehörden erwiesen dem Geschwader entsprechende Ehrenbezeugungen.

## Amerika.

Ottawa (Kanada), 30. Mai. Nach dreizehntägiger Diskussion lehnte das Parlament Cartwrights Amendement zur Budgetbill, welches die Einführung des Freihandels für Kanada beantragt, mit 117 gegen 72 Stimmen in einer die ganze Nacht hindurchwährenden Sitzung endgültig ab.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. Mai. Die Zeit der Sommerfrische ist gekommen, und in vielen Familien nehmen die Zurichtungen dazu das lebhafteste Interesse in Anspruch. Glücklich, wenn Unabhängigkeit und Wohlstand es gestatten, von der Arbeit des Alltagslebens sich an einem der schönen Plätze unseres Vaterlandes zu erholen! Schließlich auch der Gemeinde- und Staatsbeamte, dem der Sommerurlaub „von Rechts wegen“ zusteht. Die Wichtigkeit der Erholung sehen auch immer mehr Privatunternehmer, Handlungshändler und andere Erwerbsgesellschaften ein, und seit längerer Zeit erhalten ihre „höheren“ Beamten kontraktlichen Urlaub. Mehr und mehr gewöhnt man sich auch daran, den übrigen Angestellten einen solchen zu gewähren. Und wie nützlich ist eine Erholung nach anstrengender Arbeit durch eine lange Winternachts-, Oster- und Pfingstferien! Wie nützlich ist sie insbesondere den schlecht befestigten weiblichen Angestellten, und wie leicht kann sie ihnen gewährt werden, da die Sommerzeit doch eine stille Zeit für das Geschäftsleben ist. Die Urlaubsgewährung — natürlich unter Fortbezug des Gehalts — liegt auch im Interesse der Geschäftsinhaber, deren Angestellte nach mehrwöchentlichem Aufenthalt in der Sommerfrische neuerkräftet und mit frischen Kräften sich ihrem Berufe widmen können. Der Hilfsverein für weibliche Angestellte in Berlin hat an die Geschäftsinhaber Rundschreiben mit der Aufforderung geschickt, ihren Angestellten einen Sommerurlaub mit Fortzahlung des Gehalts zu geben, oder, wenn dieses nicht angeht, den Sommer hindurch in jeder Woche einen freien Nachmittag zu gewähren, und eine große Zahl von Chefs hat sich hier entgegenkommend gezeigt. Es wäre sehr zu wünschen, daß dieses Entgegenkommen allerseits Nachfolge fände, und daß alle Prinzipale, denen ihre Mitarbeiterinnen, Buchhalterinnen, Direktrinnen, Zuschneiderinnen ein Urlaubsgeheuch vorlegen, diesen aus Menschenfreundlichkeit sowohl, wie im eigenen Interesse Gehör schenken.

Für die Festtage ist der Spielplan der hiesigen Theater in folgender Weise festgelegt: Bellevue-Theater Sonntag: „Krieg im Frieden“ (1. Gastspiel von Albert Bogenharts). Montag und Dienstag: „Heißes Blut“ — Novität. (Doppelgastspiel: A. Bogenharts und Karl Siller.) Elysium-Theater Sonntag: „Der Kompanjon“. Montag: „Der Stabskompet“. Dienstag: „Beiden-kerker“. Neues Sommertheater (Alte Lieberts) Sonntag: „Unterwegs“. Montag: „Waldesruh“. Dienstag: „Hotel de Vapour“. Concordia-Theater täglich: Varietee-Festvorstellung. Gastspiel Stephan-Beckers.

Der kaiserliche Ober-Post-Direktor hier selbst erklärt folgende Bekanntmachung: „Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 29 Absatz IV der Postordnung vom 11. Juni 1892 jeder Landbriefträger auf seinem Bestimmungsorte ein Annahmestempel mit sich zu führen hat, das zur Eintragung der von ihm angenommenen Werth- und Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Pakete, Nachnahmeaufzeichnungen und Bezeichnungen auf Zeitungen dient. Zum Eintragen der Sendungen und Zeitungsbestellungen ist der Aufsteifer beauftragt. Will er von dieser Befugnis Gebrauch machen, so hat der Landbriefträger ihm das Buch vorzulegen. Erfolgt die Eintragung durch den Landbriefträger, so muß dieser dem Absender auf Verlangen das Buch zur Einsicht vorlegen.“

Vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich heute die Buchdruckerlehrlinge Johannes Zeminin und Paul Fischer wegen Unterschlagung und Diebstahls der Schlichtermeister Friedrich Wagner aus Sommerensdorf wegen Hehlerei zu verantworten. Die beiden Eingekerkerten, welche im Alter von 15 Jahren stehen, waren seit dem 1. April 1894 in der Hagemann'schen Buchdruckerei beschäftigt und hatten sie u. a. auch den allwöchentlich einmal erscheinenden „Stettiner Beobachter“ auszugeben, zu welchem Zweck jeder Leistung 125 Exemplare erhielt. Diese waren nicht für Abonnenten bestimmt, sondern sollten in Läden und Restaurants gratis vertheilt werden. Dies wurde Zeminin bald zu unebenem, derselbe suchte sich eine bequemere Absatzstelle für die Zeitungen und fand eine solche in der Wube des Wagner, der hier auf dem Markt an der Charlottenstraße mit Fleischwaren auslief. Später ließ sich Fischer überreden, zunächst einige Exemplare, welche er übrig behalten hatte, und Johann den ganzen Posten an Z. zu überlassen, worauf dieser denselben mit dem feinsten zusammen verkaufte. Hiermit begnügten sich jedoch die hoffnungslosen Jungen nicht, vielmehr nahmen sie auch an dem Keller einen Ballen alte „Beobachter“, sowie ein Paß „Bienenbäcker Post“ mit und Z. veranfaßte dieselben ebenfalls in verschiedenen Läden. Der Erlös wurde von den Durcheinander brüderlich getheilt. Das Gericht war der Ansicht, daß es sich bei der Entwendung von Material nur um ein geringes Objekt handle und da ein Strafantrag nicht vorliege, sei hinsichtlich dieses Falles auf Einstellung des Verfahrens erkannt worden. Bei der Unterbringung, welche die beiden Lehrlinge fortgesetzt, der eine mehr als drei Monate, der andere über ein halbes Jahr lang begehnten, könne von einem unbedeutenden Objekt nicht die Rede sein. Z. sei als Mithäter schwerer zu bestrafen, sei gegen ihn auf eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen, gegen Z. dagegen nur auf einen Verweis erkannt worden. Wagner wurde freigesprochen, da das Gericht nicht für hinreichend darzulegen erachtete, daß derselbe aus dem fortgesetzten Verkauf der Hefen auf deren unrichtmässigen Erwerb hätte schließen müssen.

Ferienkolonien. Die Zahl der Ferienkolonien für die Entsendung einer Ferienkolonie ist in diesem Jahre eine besonders große. Es scheint fast, als ob der lange arbeitslose Winter nicht ohne Einfluß auf die Gesundheit der Kinder geblieben ist. Da treten denn auch verstärkte Anforderungen an den Wohlfühlgeistsinn heran. Und welche Zeit ist wohl geeigneter, das Herz weit und die Hand willig zu machen, als Pfingsten, das liebliche Fest, mit seinem Sonnen-



